

## INHALT

1. CDU-Fraktion fordert Umsetzung der Beschlüsse des Flüchtlingsgipfels
2. CDU-Fraktionsvorstand zu Gast bei Dänemarks Transport- und Bauminister
3. Deutlicher Rückgang des Wirtschaftswachstums in Schleswig-Holstein
4. Bildungsministerium will Geschichte ohne Zeitgerüst unterrichten
5. Günther: Ministerpräsident Albig muss in die Realität zurück kehren

25.09.2015

**CDU-Fraktion fordert Umsetzung der Beschlüsse des Flüchtlingsgipfels**  
**Günther: Albig darf nicht wieder das Geld nehmen und Vereinbarungen ignorieren**



Daniel Günther, Fraktionsvorsitzender

In der Nacht zum Freitag (25. September 2015) haben sich der Bund und die Länder auf ein umfassendes Maßnahmenpaket in der Flüchtlingspolitik geeinigt ([Link zum Beschlussdokument](#) siehe unten).

Danach sollen Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Aussichtslose Asylanträge von Antragstellern aus diesen Staaten können dadurch schneller bearbeitet und ihr Aufenthalt in Deutschland in kürzerer Zeit beendet werden. Künftig unterstützt der Bund die Länder von der Registrierung bis zum Abschluss des Verfahrens mit einer Pauschale von 670 Euro pro Flüchtling und Monat.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Solange die Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht sind, wird der Bargeldbedarf soweit möglich durch Sachleistungen ersetzt. Für vollziehbar Ausreisepflichtige werden die Leistungen gekürzt. Die Vorauszahlung von Geld wird auf höchstens einen Monat begrenzt.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, begrüßte die Zustimmung der Landesregierung zu den Vereinbarungen. Er forderte SPD, Grüne und SSW zur unverzüglichen Umsetzung der Beschlüsse auf.

„Es war höchste Zeit, dass Schleswig-Holstein seinen Sonderweg in der Flüchtlingspolitik aufgibt. Ministerpräsident Albig hat gestern endlich Maßnahmen zugestimmt, über die die Regierungsfaktionen in der vergangenen Landtagsdebatte noch jede Diskussion verweigert haben“, sagte Günther.

Die CDU-geführte Bundesregierung entlaste die Länder sehr deutlich. Das sei ein klares Zeichen dafür, dass Flüchtlings- und Asylpolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen werde.

„So eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe kann ohne eine Koordinierung und Abstimmung zwischen Bund und Ländern nicht funktionieren. Die CDU wird deshalb sehr darauf achten, dass Albig nicht erneut das Geld des Bundes nimmt und die dazu gehörigen Vereinbarungen ignoriert“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende.

Link zu den Vereinbarungen:

[http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2015/09/2015-09-24-bund-laender-fluechtlinge-beschluss.pdf?blob=publicationFile&v=3](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2015/09/2015-09-24-bund-laender-fluechtlinge-beschluss.pdf?blob=publicationFile&v=3)

---

## **CDU-Fraktionsvorstand zu Gast bei Dänemarks Transport- und Bauminister Kurzbesuch in Dänemark gibt Rückendeckung für Infrastrukturprojekte**



Tobias Koch, Hans-Christian Schmidt, Daniel Günther, Hans-Jörn Arp, Katja Rathje-Hoffmann

In gut einer Woche will Verkehrsminister Reinhard Meyer im dänischen Folketing erklären, weshalb die Planfeststellung auf der deutschen Seite der Fehmarnbeltquerung so lange dauert. In dieser Woche fuhr fast der gesamte Geschäftsführende Vorstand der CDU-Landtagsfraktion nach Dänemark, um den für beide Länder wichtigen Infrastrukturprojekten auch öffentlich Rückendeckung zu geben. „Wir wollen von unseren dänischen Nachbarn auch lernen, wie man die EU-Vorschriften umsetzen und dennoch zügig bauen kann“, sagte CDU-Fraktionschef Daniel Günther vor dem Gespräch mit Dänemarks Transport- und Bauminister Hans-Christian Schmidt.

Dem Gespräch mit dem dänischen Minister waren Besuche beim Bürgermeister von Apenrade, beim Generalsekretariat des Bundes Deutscher Nordschleswiger in Kopenhagen und bei Fehmern A/S, sowie ein Gespräch mit dem Deutschen Botschafter vorangegangen.

Der Vergleich des Umfangs der Antragsunterlagen für die Planfeststellung der Fehmarnbeltquerung sagt bereits viel aus: In Dänemark wurden 1.600 Seiten eingereicht; in Deutschland 11.000. In Dänemark gab es 30 Einwendungen – in Deutschland trotz Bürgerdialoges 3.100. „Und dabei geht es um das gleiche Umwelt- und Sicherheitsniveau. Wir müssen uns nicht wundern, wenn es bei uns länger dauert“, sagte CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp.

Sowohl bei der Fehmarnbeltquerung, als auch in der Frage der Errichtung des Ersatzbauwerkes für die Rader Hochbrücke, ist für die Dänen das Fehlen konkreter Termine offensichtlich noch problematischer als die lange Dauer. „Die machen sich richtig Sorgen“, sagte Günther. Es werde sogar die Abwanderung von dänischen Betrieben in Gebiete südlich der Elbe befürchtet.

„Wir haben zugesagt, in Deutschland und vor allem bei der Landesregierung in Kiel darauf hinzuwirken, dass es endlich klare und verbindliche Aussagen gibt“, betonte der CDU-Fraktionsvorsitzende im Anschluss an die Gespräche.

Die Dänen wünschten insgesamt mehr grenzüberschreitende politische Kontakte, betonte Günther. Er werde sich für Begegnungen von dänischen Parlamentariern mit Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein und Hamburg einsetzen, um auch auf dieser Ebene gemeinsame Probleme gemeinsam anzupacken.

---

## **Deutlicher Rückgang des Wirtschaftswachstums in Schleswig-Holstein Schleswig-Holstein im Bundesvergleich auf dem vorletzten Platz**



Johannes Callsen, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Nach den neuesten Zahlen des Statistikamtes Nord (Link siehe unten) ist das Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein im 1. Halbjahr deutlich zurückgegangen. Mit nur 2,3 Prozent liegt das nördlichste Bundesland gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen hinter Sachsen-Anhalt auf dem vorletzten Platz. Zum Vergleich: Beim Nachbarn Hamburg betrug das Wirtschaftswachstum 4,1 Prozent, bundesweit 3,5.

„Die wirtschaftsfeindliche Gesetzgebung von SPD, Grünen und SSW schlägt mittlerweile auf das Wachstum in Schleswig-Holstein durch“, kommentierte der wirtschaftspolitische Sprecher

der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Johannes Callsen, die Entwicklung.

Das zeige insbesondere auch ein Blick auf die Branchen. „In den Bereichen, die von der Vergabe öffentlicher Aufträge besonders betroffen sind, ist der Rückgang am stärksten. Der deutliche Rückgang im Bereich Reparatur und Installation von Maschinen zeigt die geringe Investitionsbereitschaft der Unternehmer“, so Callsen.

Der CDU-Abgeordnete betonte, seine Fraktion habe mit dem derzeit in der Anhörung befindlichen Gesetzentwurf zur Entlastung des Mittelstandes klare Alternativen zur derzeitigen Politik aufgezeigt (Link siehe unten).

„Ich fordere SPD, Grüne und SSW angesichts der Entwicklung des Wirtschaftswachstums auf, ihre ideologischen Scheuklappen abzunehmen. Unser Mittelstand braucht Perspektiven. Die Unternehmen im Land warten immer noch auf das erste wirtschaftsfreundliche Gesetz der Albig-Regierung“, so Callsen.

Link zur Meldung des Statistikamtes:

[http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI15\\_158.pdf](http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI15_158.pdf)

Link zum Gesetzentwurf:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3100/drucksache-18-3191.pdf>

---

## **Bildungsministerium will Geschichte ohne Zeitgerüst unterrichten** **Scharfe Kritik an neuen Fachanforderungen**



Heike Franzen, Vorsitzende des Arbeitskreises Bildung

Anfang der Woche berichteten Medien über scharfe Kritik der Fachleute an den von Bildungsministerin Britta Ernst geplanten neuen Fachanforderungen für Geschichte. Worum geht es? Künftig soll im Geschichtsunterricht der Oberstufe nicht mehr chronologisch nach Jahreszahlen vorgegangen werden. Statt dessen soll es vier abiturelevante Themenblöcke geben, beispielsweise: „Dauerhafter Friede – eine Utopie?“

Fachleute fürchten nun, dass insbesondere schwächere Schülerinnen und Schüler ohne das „chronologische Gerüst“ abgehängt werden könnten. Das Bildungsministerium hat den Erlass der neuen Anforderungen zunächst einmal um ein Jahr verschoben.

Der bildungspolitischen Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heike Franzen, reicht das nicht. „Es wird Zeit, dass Ministerin Ernst sich die Aussagen der

Praktiker zu Herzen nimmt. Sie muss endlich dafür sorgen, dass durch ihr Haus umsetzbare Vorgaben erlassen werden“, forderte Franzen.

Aufgrund der Unterrichtsrealität in Schleswig-Holstein seien die Vorgaben von Beginn an zum Scheitern verurteilt. So gebe es in den Mittelstufen der Gemeinschaftsschulen Geschichte gar nicht mehr als eigenständiges Unterrichtsfach. „Es ist Teil der Weltkunde und muss noch nicht einmal von einem Geschichtslehrer unterrichtet werden. Mit dieser Wissensbasis sind die Kinder nicht in der Lage, die neuen abirelevanten Themenblöcke zu durchdringen“, sagte Franzen.

Zur erfolgreichen Umsetzung von Fachanforderungen müssten drei Voraussetzungen erfüllt sein, betonte die Bildungspolitiklerin. Die Lehrkräfte müssten die entsprechenden Fortbildungen erhalten, es müsse entsprechendes Unterrichtsmaterial zur Verfügung stehen, und die Lehrpläne müssten aufeinander abgestimmt sein.

„In diesem Fall ist keine der drei Voraussetzungen erfüllt. Deshalb können diese neuen Fachanforderungen weder den Lehrkräften, noch den Kindern zugemutet werden“, so Franzen.

---

### **Günther: Ministerpräsident Albig muss in die Realität zurück kehren**

**Im Interview mit dem SHZ forderte der CDU-Fraktionsvorsitzende Albig auf, die Ängste der Menschen ernst zu nehmen**



Fraktionschef Daniel Günther

Vor dem Flüchtlingsgipfel am Freitag hat CDU-Fraktionschef Daniel Günther Ministerpräsident Torsten Albig in einem Interview mit dem SHZ vorgeworfen, sich mit seiner rot-grün-blauen Koalition in ein „Raumschiff der Glückseligkeit“ zurückgezogen zu haben. Albig überhöhe sich seit langem in der Rolle des großen Moralpolitikers. Günther forderte den Ministerpräsidenten in der Flüchtlingspolitik auf, in die Realität zurückzukehren, die Probleme von Kommunen wahrzunehmen und die nicht zu leugnenden Ängste von Bürgern ernst zu nehmen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende lastete dem Ministerpräsidenten an, durch seine Rhetorik ein Klima zu schaffen, „in dem Flüchtlingshelfer sich nicht mehr trauen, Schwierigkeiten anzusprechen“. In Schleswig-Holstein werde – wie in der vergangenen Landtagsdebatte durch Abgeordnete von Grünen und SSW - schon das Benennen offenkundiger Probleme in der Flüchtlingspolitik als „widerlich“ und „ekelig“ bezeichnet. Günther: „Das ist brandgefährlich. Ich rate dazu, ganz schnell mit solchen Vorwürfen aufzuhören.“

Er betonte, dass die CDU in Schleswig-Holstein in der Flüchtlingspolitik ähnliche Positionen vertrete, wie beispielsweise SPD-Chef Sigmar Gabriel oder der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann von den Grünen.

Günther zeigte sich bereits in diesem Interview im Hinblick auf den Flüchtlingsgipfel überzeugt, dass zahlreiche Punkte aus dem in der vergangenen Woche im Landtag beratenen und von der Koalition massiv kritisierten Antrag der CDU-Landtagsfraktion zur Asylpolitik beschlossen würden. „Ich erwarte, dass Schleswig-Holstein diesen Verabredungen im Bundesrat zustimmt und umsetzt, will sich unser Land politisch nicht weiter isolieren“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende.

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)